

Meldungen

zusammengestellt von Theo Ebberts und Dirk Geilen

Unruhen in Lucknow

Heftige Unruhen zwischen Anhängern schiitischen und sunnitischen Glaubens, als auch zwischen Schiiten und Sicherheitskräften, erschütterten Ende Juni Lucknow, die Hauptstadt Uttar Pradesh. Inoffiziellen Angaben zufolge sollen dabei über 100 Menschen verletzt worden sein. Die seit 100 Tagen im Amt befindliche 'BJP-Bahujan Samaj-Party'-Koalition unter Ministerpräsidentin Mayawati sah sich gezwungen, eine 14tägige Ausgangssperre über die betroffenen Stadtteile Lucknows zu verhängen.

Die Unruhen entzündeten sich am Vorhaben der Schiiten, eine seit 20 Jahren verbotene Prozession durchzuführen. Gründe für das aggressive Vortragen ihres Anliegen werden in Rivalitäten und Profilierungsversuchen innerhalb

der schiitischen Führung gesehen. Ihrerseits forderten Sunniten dasselbe Recht für einen ebenfalls seit zwei Jahrzehnten ausgesetzten religiösen Umzug. Aufgeheizt wurde die politische Atmosphäre zudem durch die sich Lucknow nähernde 'Rath Yatra' - eine von 'BJP'-Präsident L.K. Advani angeführte und Bilder der hinduistischen Mythologie aufgreifende hinduistische Prozession.

Der Disput zwischen den Anhängern der beiden muslimischen Glaubensrichtungen ist so alt wie das Jahrhundert. Bereits 1907 sah sich die Kolonialregierung veranlaßt, einen Kompromiß um Ablauf und religiöse Inhalte der Prozessionen zwischen den Konfliktparteien auszuarbeiten. 1977 eskalierte der Streit und gipfelte in Unruhen, die 80 Menschen das Leben kosteten. Dem Verbot folgten zahlreiche, jedoch erfolglose Vermittlungsversuche. 1982 wurde der Fall von beiden Seiten vor Gericht getragen - ein diesbezügliches Urteil indes steht noch aus.

Versuchen, gegen die selbsterklärte Autonomie der Adivasi vorzugehen, halten sich die Behörden derzeit erst einmal zurück.

Neuer CBI-Chef

Die oberste polizeiliche Untersuchungsbehörde, das 'Central Bureau of Investigation' (CBI) hat seit Anfang Juli einen neuen Direktor. Der von Ex-Premierminister Deve Gowda eingesetzte Joginder Singh (im Volksmund "Tiger" genannt) wurde am 1. Juli durch den wenig umstrittenen R.C. Sharma abgelöst. Singh, der erst im September vergangenen Jahres in das Amt berufen worden war, war von Beginn seiner Amtszeit heftig umstritten. Vor allem gegen Ende der Amtszeit von Premierminister Narasimha Rao hatten sich gegen das CBI Vorwürfe gehäuft, als verlängerter Arm des Büros des Premierministers verschleppe es die Untersuchung von Korruptions- und Geldwäscheaffären, in die hochrangige Politiker - bis hinauf zu Rao selbst - verwickelt gewesen sein sollen. Mit der Ernennung Singhs wollte Gowda diesen Vorwürfen ein Ende bereiten und die Untersuchung dieser Finanzskandale vorantreiben. Doch schon kurz nach seiner Ernennung wurde Kritik an Singhs Amtsführung laut. Vor allem die von ihm aufgrund von Korruptionsvorwürfen ausgestellten Anklageschriften gegen prominente Politiker brachten ihm bald den Ruf ein, um jeden Preis in die Schlagzeilen kommen zu wollen. Ein Vorwurf, der sich verstärkte, als mehrere dieser Anklageschriften - von verschiedenen Gerichten als offensichtlich unbegründet und vorzeitig verfaßt - zurückgewiesen wurden. Sein Nachfolger Sharma gilt dagegen als gewissenhafter Polizeioffizier, der in ersten Interviews inzwischen angegeben hat, nur bei wirklich guter und ausreichender Beweislage Anklage gegen Politiker erheben zu wollen.

Adivasi-Land

Zu Beginn diesen Jahres haben über 45.000 Angehörige tribaler Gruppen, sogenannte Adivasi, in über 130 Dörfern im Süden Karnatakas ihre Unabhängigkeit (self-rule) ausgerufen. Sie lehnen jegliche Autorität des indischen Staates und seiner Institutionen ab und verweigern indischen Behörden jede Kooperation. An den Zugängen zu ihren Dörfern haben sie Barrieren und Schlagbäume errichtet, mit deren Hilfe sie allen Unberechtigten den Zutritt verweigern - und dazu gehören vor allem Beamte und andere Vertreter indischer Behörden. Schilder warnen vor unbefugtem Zutritt zu den Dörfern und erklären diese zu "Adivasi-Land". Sogenannten 'Außenseibern', das heißt Angehörigen nicht-tribaler Gruppen, ist es untersagt, in diesen Dörfern Land oder sonstiges Grundeigentum zu erwerben. Nach anfänglichen

Punjab: Rückkehr der Militanz?

Nach einer Serie von Bombenattentaten im westindischen Bundesstaat Punjab wächst dort die Angst, der als überwunden geglaubte Terrorismus könne wieder aufleben. Anfang Juli wurden bei einem Bombenanschlag auf einen Zug mindestens 38 Menschen getötet, nachdem es auch schon im März und April zu Attentaten auf Züge ge-

Islamische Gelehrtenkultur in Nordindien

Entwicklungsgeschichte und Tendenzen am Beispiel von Lucknow

Jamal Malik

- Publication date: November 1997. (approx. 624 pp. [German text], approx. 2 maps)
- ISBN 90 04 10703 7
- Cloth with dustjacket NLG 308.- / US\$ 192.50
- Price for subscribers to the series NLG 280.- / US\$ 175.-
- Islamic History and Civilization, 19

This insightful volume treats the world of the learned classes in the region of Awadh, in Muslim North India, with its famous capital Lucknow, from the fifteenth to the twentieth centuries. It focusses on those circles which carried, promoted, and reflected acculturation and interference in traditional as well as colonial settings.

Part I examines the qasbahs where the seeds are laid for the efflorescence of scholarship, connecting South Asia with the Middle East and Europe.

Part II deals with the accommodation of Islamic religious culture in the newly-established territorial states in the 18th century. The last section studies the Learned Council of Islamic Scholars (*Nadwat al-'Ulamā'*) in Lucknow, its historical growth and internal set-up as well as its interaction with colonialists and traditionalists. The study is based on rich biographical and chronological accounts, narrative material, archival data, curricula and European reports.

Readership: All those interested in the intellectual and social history of Muslim South Asia, the history of religions, as well as social scientists, social anthropologists, theologians, Islamicists and Indologists.

Jamal Malik, Ph.D. (1989) in South Asian History, University of Heidelberg, post.doc. (1994) in Islamic Studies, University of Bamberg, has published extensively on the social history of South Asian Islam: and literature, including *The Colonialization of Islam* (Delhi: Manohar, 1996).

Academic Publishers

 B R I L L

kommen war. Während einer Pressekonferenz beschuldigte Punjabs 'Chief'-Minister, Parkash Singh Badal, wenige Stunden nach dem jüngsten Anschlag den pakistanischen Geheimdienst ISI, für dieses und andere Attentate verantwortlich zu sein. Schon einen Tag nach dieser Pressekonferenz kam es zu einer weiteren Bombenexplosion in einem kleinen Ort im Moga-Distrikt. Entgegen der voreiligen Verlautbarung Badals, in der er den ISI beschuldigte, tappen die indischen Behörden bei ihren Ermittlungen noch immer im Dunkeln, und bis heute hat sich niemand zu den Anschlägen bekannt. Unter gemäßigten 'Akalis', zu denen auch Badal gehört, wird eine Rückkehr des Terrorismus vehement bestritten - wohl vor allem, weil die sich seit den letzten Wahlen in der Opposition befindliche 'Congress'-Partei im Wahlkampf immer wieder eine Rückkehr des Terrorismus heraufbeschworen hatte, falls die 'Akali'-Parteien die Regierung übernehmen würden. Den ermittelnden Behörden liegen offenbar Beweise vor, daß der bei den Anschlägen benutzte Sprengstoff direkt aus Pakistan in den Punjab geschmuggelt wird, doch ist dies auch in ihren eigenen Augen noch kein Beweis für die Beteiligung des ISI. Der Mangel an Informationen und konkreten Hinweisen auf mögliche Urheber der Anschläge, gibt Anlaß zu vielfältigen Spekulationen. So werden den jüngsten Bombenanschlägen beispielsweise kommunalistische Motive unterstellt, da sie eindeutig gegen hinduistische Ziele gerichtet waren - die meisten der Zugreisenden waren Hindus, die sich auf einer Pilgerfahrt nach Hardwar befanden; das Ziel der zweiten Bombe war ein Hindutempel. Solcherart motivierte Anschläge könnten von interessierten politischen Kreisen initiiert werden, um einen Keil zwischen die 'Akali Dal' und ihren Regierungspartner 'Bharatiya Janata Party' (BJP) zu treiben. Anderen Theorien zufolge versuchen militante kashmirische Gruppen durch solche Anschläge die Aufmerksamkeit und den von den Sicherheitskräften auf sie ausgeübten Druck auf andere Regionen zu lenken, um in Kashmir Raum für ihre Aktivitäten zurückzugewinnen. Eine weitere, ähnlich absurde These sieht hinter diesen Anschlägen lediglich Versuche von Kriminellen, insbesondere Schmugglern, den jüngsten Dialog zwischen Pakistan und Indien zu stören, da sie im Falle von Handelserleichterungen zwischen beiden Ländern um ihre Existenz fürchten müßten.

Wer auch immer tatsächlich hinter den Anschlägen steht und welche Motive ihnen wirklich zugrunde liegen, bleibt unklar, solange sich niemand zu

ihnen bekennt. Auf die Landesregierung kann diese Unsicherheit über die Urheber und deren Motive schon bald destabilisierend wirken, wird ihr doch schon jetzt vorgeworfen, seit ihrer Amtübernahme nichts unternommen zu haben, was einen grundlegenden politischen Wandel im Punjab herbeiführen könnte.

Polizei erschießt Dalits

Bei einer Demonstration von Dalits gegen die Schändung eines Denkmals B.R. Ambedkars in Bombay wurden Anfang Juli zehn der demonstrierenden Dalits von der Polizei erschossen. Wie immer bei solchen Zwischenfällen gibt es zwei Versionen über den Hergang des Geschehens, und wie so häufig erscheint dabei diejenige der Polizei als die unglaubwürdigere. Feststeht, daß am

frühen Morgen eine Statue Dr. B.R. Ambedkars mit einer aus alten Schuhen und Sandalen gefertigten Kette 'geschmückt' war - eine für Dalits unverzeihliche Entwürdigung ihres Idols und Mitbegründers der Dalit-Bewegung. Schnell versammelte sich um die betreffende Statue eine Protestgruppe, die nach Polizeiangaben immer gewalttätiger wurde und schließlich damit drohte, zwei in der Nähe geparkte Benzintankwagen in Brand zu stecken. Um die dadurch ausgelöste Katastrophe zu verhindern, so die Polizei, habe sie auf die üblichen Polizeimethoden wie zum Beispiel Tränengas verzichtet und auf die Menschen schießen müssen.

Ganz anders klingen dagegen die Berichte von Augenzeugen, wonach die Polizei ohne Vorwarnung das Feuer auf eine friedliche Menschenmenge eröffnet

Asienhaus Essen (Hg)
Zeitungen und Zeitschriften.
Verzeichnis ausgewählter Bestände
Essen 1997
ca. 240 Seiten, mit ausführlichen Registern

Subskriptionspreis bis 1.9.1997 **DM 34,50**
danach **DM 49,50**

Newsletter April - J
Forum on Ecology
a. Lao PDR, Thailand, Vietnam
Quarterly Re
Phao

hat. Zu den Getöteten gehört ein vierzehnjähriger Junge, der durch die Schüsse auf die Straße gelockt wurde, weil er dachte, jemand in der Nachbarschaft spiele mit Feuerwerkskörpern - er wurde durch eine Kugel in den Kopf tödlich getroffen. Ein Ladenbesitzer, der versuchte, eine der Leichen zu bergen, wurde von den Polizisten zunächst in deren Wagen gerufen. Als er nach wenigen Minuten diesen wieder verließ, ist er von den Polizisten von hinten erschossen worden. Diese und andere Berichte deuten darauf hin, daß es die Polizei geradezu darauf angelegt hat, die Dalit-Demonstranten zu erschießen. Dies führte in indischen Medien und in Dalitkreisen schnell zu Spekulationen über mögliche politische Hintergründe und zu scharfen Angriffen auf die in Bombay regierende 'Shiv Sena', die seit Jahren eine ausgesprochen Dalit feindliche Politik betreibt.

Welche der verschiedenen Versionen über den tragischen Vorfall nun näher an dem tatsächlichen Geschehen liegt, ist angesichts der Toten eigentlich zweitrangig. Was dieser Zwischenfall, in dessen Gefolge es zu Massenkundgebungen und Streiks nicht nur in Bombay, sondern auch in Gujarat und in Delhi kam, wieder einmal deutlich macht, ist die gesellschaftliche Rolle der Dalits und die tiefen gesellschaftlichen Gräben, durch die sie noch immer von anderen, höherkastigen Gruppen getrennt sind. Außer den beiden kommunistischen Parteien, die die Geschehnisse sofort scharf verurteilten, reagierten alle anderen Parteien sehr zögerlich und bemühten sich geradezu, die Regierung in Bombay nicht zu scharf anzugreifen.

Die landesweiten Proteste und Demonstrationen, die sich dem Vorfall angeschlossen, machen jedoch auch deutlich, daß sich die Dalits mit dieser ihrer gesellschaftlichen Rolle nicht mehr zufrieden geben und bereit sind, für ihre Rechte auch zu streiten. Dabei lassen sie sich von den gewalttätigen Reaktionen der oberen Kasten, mit denen diese auf das wachsende Selbstbewußtsein der Dalits reagieren, immer weniger einschüchtern. Abzuwarten bleibt, ob es den Dalits gelingt, diesem wachsenden Selbstbewußtsein und ihrem Eintreten für ihre Rechte auch entsprechende politische Formen zu geben. Zumindest gegenwärtig fehlt es noch an einer gesamtindischen politischen Plattform, auf der die Dalits ihre Interessen vertreten können. Die einzige Partei von Bedeutung, die vorgibt, eine Dalit-Partei zu sein, die in Uttar Pradesh regierende 'Bahujan Samaj Party', hat sich um eine politische Verurteilung der Regierung in Bombay gedrückt, um ihren Koalitionspartner BJP nicht zu verärgern.

Kampf gegen Kastenwesen

Die seit Monaten anhaltenden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Kastengruppen und Dalits in Tamil Nadu sind Ende Juni während einer Seminars in Madras von eminenten Bürger- und Menschenrechtlern heftig kritisiert worden. Die Teilnehmer an dem Workshop riefen zu einer sofortigen Beendigung der Auseinandersetzungen auf und forderten eine breite soziale Bewegung gegen kastenbedingte Ausbeutung und Unterdrückung. Sie kritisierten vor allem Politiker und politische Parteien, die aus kastenbedingten gesellschaftlichen Unterschieden politisches Kapital zu schlagen versuchen und Kastendifferenzen verstärken. Opfer von Kastenauseinandersetzungen seien auf beiden Seiten immer nur die Armen. Als Wurzel auch für die jüngsten blutigen Auseinandersetzungen (vgl. 'Südasiens', 3/1997) identifizierten die Seminarteilnehmer die noch immer von vielen Hindus praktizierte Diskriminierung von "Unberühmbaren" (Dalits). Noch immer werden in weiten Teilen Tamil Nadus "Unberühmbare" daran gehindert, öffentliche Brunnen zu benutzen oder ihre Toten menschenwürdig zu bestatten oder zu verbrennen, indem man ihnen den Zugang zu Friedhöfen oder Krematorien verweigert. In manchen Gegenden wird ihnen von Kastenhindus gar die Benutzung öffentlicher Wege und Straßen verwehrt. Während es noch immer üblich ist, daß sie in Teebuden separate Gläser haben, wurde während der jüngsten Auseinandersetzungen die alte Praxis wiederbelebt, Dalits den Tee in Kokosnußschalen zu servieren.

Die Teilnehmer sahen als eine wichtige Ursache für Zunahme und Verschärfung gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen Kastenhindus und Dalits vor allem das wachsende Selbstbewußtsein der "Unberühmbaren", mit dem diese ihre Rechte einforderten und den Widerstand der oberen Kasten gegen eine solche Verbesserung der gesellschaftlichen Position der Dalits.

Mutmaßlicher Niyogi-Mörder zum Tode verurteilt

Mit einem Todesurteil und drei lebenslangen Haftstrafen endete im Juni der Prozeß gegen die mutmaßlichen Mörder des alternativen Gewerkschaftsführers Shankar Guha Niyogis. Das Gericht befand den Hauptangeklagten Paltan Mallah für schuldig, im September 1991 den Führer der 'Chattisgarh Mukti Morcha' (CMM) erschossen zu haben und verhängte gegen ihn die Todesstrafe. Fünf Industrielle, die als Mallahs Auftraggeber gelten, wurden zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Das Ge-

richt wies die Industriellen außerdem an, für die Hinterbliebenen Niyogis eine Millionen Rupien auf ein Festgeldkonto zu überweisen, um den beiden Kindern des Ermordeten eine angemessene Ausbildung ermöglichen zu können.

Für die CMM, der von Niyogi gegründeten alternativen Gewerkschaft für Tagelöhner und sogenannte 'Kontraktarbeiter', stand von Anfang an fest, daß eine Verschwörung der Industriellen in der Region zu der Ermordung des unbequemen Gewerkschafters führte. Das große Aufsehen und der Sturm der Entrüstung, den die Ermordung Niyogis auslöste, veranlaßte schon bald das 'Central Bureau of Investigation' (CBI), die Untersuchung des Falles zu übernehmen. Im Sommer 1993 wurde Paltan Mallah als Hauptverdächtiger verhaftet. Grundlage für seine Verhaftung und jetzige Verurteilung waren Zeugenaussagen seiner Familie, wonach er seinen Angehörigen gegenüber die Tat gestanden haben soll. Während des Verfahrens gegen ihn oder in den Polizeiverhören hat er jedoch niemals selbst ein Geständnis abgelegt. Das Gericht sah es außerdem als erwiesen an, daß führende Industrielle aus der Chattisgarh-Region die Auftraggeber für den Mord waren. Ihr Motiv: Haß auf den Gewerkschaftsführer, durch dessen Agitationen und Kampagnen ihre Unternehmen Verluste oder zumindest starke Profitminderungen hinnehmen mußten.

Ob die Urteile jedoch jemals vollstreckt werden, erscheint gegenwärtig zumindest fraglich. Es gilt als sicher, daß alle Verurteilten Berufung gegen die Urteile einlegen werden und das Verfahren schließlich beim Obersten Gericht in New Delhi landen wird - ein Prozeß, der noch einige Jahre dauern kann.

Weltbankbericht über Indien ver-harmlost das Armutsproblem

In einem vor wenigen Wochen veröffentlichten Bericht über die Armutsentwicklung in Indien ("India: Achievements and Challenges in Reducing Poverty") beurteilt die Weltbank die Auswirkungen des 1991 begonnenen wirtschaftlichen Reformkurses in Indien auf die Armen als äußerst positiv.

Eberhard Weber: Globalisierung und politische Ökonomie der Armut in Indien

Die Auswirkungen wirtschaftlichen und politischen Wandels auf die Ernährungssicherheit von Armutsgruppen am Beispiel einer Kleinfischersiedlung in der südindischen Metropole Madras. Preis: 30,- DM zzgl. Versandkosten. Bezug über 'Südasiensbüro'.

"Diese Reformen versprechen eine deutliche Verbesserung der Lebensbedingungen der 300 Millionen Armen des Landes", heißt es in dem Bericht, der damit alle gegenteiligen Daten und Beweise aus jüngster Zeit schlichtweg ignoriert.

Eine der dem Bericht zugrundeliegenden Annahmen geht davon aus, daß Wirtschaftswachstum die wohl wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Armutsbekämpfung ist. Für die Weltbank steht fest, daß die seit 1991 in Indien praktizierte Wirtschaftspolitik der beste Weg ist, dieses Wachstum zu erreichen. Doch ein Blick auf die wichtigsten Wirtschaftsindikatoren in den vergangenen Jahren zeigt, daß das durchschnittliche Wirtschaftswachstum seit 1991 nicht höher war, als in den zehn Jahren zuvor. Die etwas höhere Wachstumsrate seit 1993 ist dann allerdings tatsächlich auf neue steuerpolitische Instrumente zurückzuführen, die in den 1980er Jahren noch verpönt waren.

Die Weltbank ist in der Interpretation ihrer eigenen Daten recht großzügig,

belegen doch die im Anhang des Berichtes präsentierten Zahlen, daß zumindest die Zahl der ländlichen Armen in allen Bundesstaaten 1992 höher war, als im Wirtschaftsjahr 1989/90. Einzige Ausnahmen: Kerala, Orissa und Westbengalen. Und selbst in den Jahren 1993 und 1994 war mit Ausnahme der vier südlichen Bundesstaaten die Zahl der ländlichen Armen höher als 1989/90. Der Bericht interpretiert diese Zahlen lediglich als eine "Periode der Schwankungen", in welcher "der Richtungswandel jedoch zweifellos erkennbar ist".

Der von der Weltbank vorgelegte Bericht zielt damit offenbar eher darauf ab, die von ihr selbst propagierten Wirtschaftsreformen zu rechtfertigen, als einen objektiven Bericht über die Armutsentwicklung in Indien zu geben. Die wirtschaftlichen Entwicklungen in Indien seit 1991 haben zweifellos auch ihre positiven Seiten, die vor allem in einer weitgehenden Deregulierung und dem Abbau staatlicher Kontrollen bestehen.

Profitiert hat von dieser Politik vor allem die indische Mittelklasse. Doch hat der Rückzug des Staates aus den sozialen Sektoren und der damit verbundene Subventionsabbau vor allem die Armen und Unterprivilegierten des Landes getroffen. So trifft denn wohl mehr das Gegenteil - von dem, was die Weltbank in ihrem Bericht behauptet - zu: Anstatt die Armut in Indien effektiv zu bekämpfen, führen die Wirtschaftsreformen offenbar zu einem Anstieg der Zahl der Armen.

'United Front' weiterhin unter Druck

Die Spaltung der 'Janata Dal' am 5. Juli gefährdet erneut das Fortbestehen der 'United Front'. Nachdem zunächst mit der Vereidigung I.K. Gujral's die im April entstandene Regierungskrise beendet werden konnte, droht nun Ungemach aus den eigenen Reihen der stärksten politischen Kraft des regierenden Mehrparteienbündnis-

es.

Wurde die Krise im Frühjahr durch den als 'Congress'-Präsidenten bestätigten Sitaram Kesri und seine Entscheidung der Minderheitsregierung der 'United Front' die Unterstützung zu entziehen, ausgelöst, so stellt sich die aktuelle Krise als hausgemacht dar.

Sind Spaltungen in der seit 1977 bestehenden Partei kein Novum, bedeutet die Gründung der 'Rashtriya Janata Dal' durch den ehemaligen Präsidenten der Partei, Laloo Prasad Yadav, nicht nur eine weitere Erosion der 'Janata Dal', sondern gefährdet zudem die Zukunft des Regierungsbündnisses. Die Entscheidung Laloos beruhte zum einen auf der fehlenden Unterstützung seiner Person im "Futtermittel-Skandal" Bihars, zum anderen aber auch auf der ihm erwachsenden innerparteilichen Konkurrenz durch Sharad Yadav. Dieser löste ihn im Juli dann auch als 'Janata Dal'-Präsident ab. Laloo weiß die Parteimitglieder Bihars nahezu geschlossen hinter sich; bundesweit hat die Spaltung die Mitglieder wie auch die Wähler verunsichert.

Über eine Zukunft der 'Rashtriya Janata Dal' innerhalb der 'United Front' ist noch nicht endgültig entschieden. Auch in dieser Frage verläuft der Riß quer durch die Partei. Letztlich dürfte die Koalition jedoch auf Laloo und seine 22 'Lok Sabha'-Abgeordneten aus Bihar angewiesen sein.

Laloo Prasad Yadav in Haft

Der in den "Futtermittel-Skandal" Bihars verwickelte Laloo Prasad Yadav befindet sich in Untersuchungshaft. Seine Inhaftierung hat zu tumultartigen Szenen in der Hauptstadt Patna geführt; gewaltsame Zwischenfälle wurden auch aus anderen Landesteilen Bihars gemeldet. Da es ebenfalls zu Übergriffen auf Mitglieder der oppositionellen 'BJP-Samata Party'-Allianz kam, forderte diese die Entlassung der Landesregierung.

Der Präsident der 'Rashtriya Janata Dal' war zuvor von seinem Amt als Ministerpräsident Bihars zurückgetreten. Nachfolgerin des seit 1990 regierenden Laloo wird seine politisch bis dato noch nicht in Erscheinung getretene Frau, Rabri Devi. Mit diesem Schachzug hofft Laloo darauf, die politische Macht in Bihar über die Dauer seiner Haft retten zu können.

action five e.V. Bonn

für internationale Verantwortung
und Entwicklung

wird 20 Jahre alt !!!



Die Welt der Kinder

17.10.97:

Die action-five-Party mit Liveband Mamy Wata und Fete bis tief in die Nacht - Feiern für Bildung statt Kinderarbeit (für das Projekt SAVE)

30.10.97:

„Die Träume von Shanaz“
Wolf-Matthias Gallen (Netz e.V.) informiert über die Erfahrungen, Träume und Realität eines Mädchens aus Bangladesch

05.11.97:

„Teppichknüpfen ist kinderleicht?“

Benjamin Pütter (Misereor) berichtet von Kinderarbeit in der indischen Teppichindustrie

12.11.97:

„Kinder ohne Kindheit“
Anja Oumler (Médecines sans Frontières) und Hildegard Scheu (GTZ) berichten von Kriegs- und Fluchtfolgen für Kinder

19.11.97:

„Kindheit - arm aber unbeschwert?“

Jutta Bart (Arbeitsgemeinschaft Entwicklungshilfe) erzählt von ihren Erfahrungen im tansanischen Familienleben

Spendenkonto: 14241, Sparkasse Bonn BLZ: 38050000

26.11.97:

„Mit Kinderaugen sehen“
Ralf Westerwig (Dipl.Geogr.) zeigt, wie Kinder aus einem venezolanischen Armenviertel ihre Umwelt sehen

03.12.97:

„Junkfood und Hirsebrei - Fehlernährung bei Kindern“
N.N. (UNICEF) berichtet von den Ursachen und Folgen der Fehlernährung in Entwicklungsländern sowie in Industrieländern

Die Fete am Freitag, 17.10.97 findet in der Harmonie in Endenich statt (Frongasse 30), die anderen Termine mittwochs im Newmanhaus, Adenauerallee 63.

Informationen bei:
action five e.V. Bonn,
Tel.: 0228 - 46 51 55
Fax: 0228 - 47 49 24,
Agnesstr. 46, 53225 Bonn
e-mail: action5@yamato.rhein.de
im Internet:
<http://privat.schlund.de/action5>

Immer um
20.15 Uhr